



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

24. August 2018

Wochenbericht KW 34

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 30 % bzw. 29 %, SPD bei 18 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden wächst USA werden als größte Bedrohungen wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/ Abschiebungen
Anlage:	Zeitreihen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	30 (-)	30 (-)	29 (-)
SPD	18 (-)	18 (+1)	18 (-)
FDP	9 (-1)	9 (-)	8 (+1)
DIE LINKE	10 (+1)	9 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	15 (-)	15 (-)	14 (-1)
AfD	14 (-)	14 (-1)	17 (-)
Sonstige	4 (-)	5 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	13.-17.08.	16.-22.08.	20.-22.08.

Die Union liegt bei forsa 12 (-), bei Emnid 12 (-1) und bei infratest dimap 11 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	47 (+1)
Nahles	14 (-)
Merkel	42 (+1)
Scholz	22 (-1)
Erhebungszeitraum	13.-17.08.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (+1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 20 (+2) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

83 % (+2) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 4 % (+1) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 68 % (-3) für Merkel und 7 % (+1) für Nahles entscheiden. 34 % (-) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 35 % (-2) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 79 % (+4) der CDU-Anhänger für Merkel und 8 % (-2) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 64 % (-2) für Merkel und 12 % (-1) für Scholz entscheiden. 50 % (-4) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 28 % (+3) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (26.08.2018)

² im Vergleich zur KW 31

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	23	(-)
SPD	7	(-)
sonstige Parteien	15	(+1)
keine Partei	55	(-1)
Erhebungszeitraum	13.-17.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

61 % (+1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 37 % (+2) von ihrer Partei.

Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	18	(-)
schlechter	43	(-1)
unverändert	37	(+1)
Erhebungszeitraum	13.-17.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 25 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA	
sehr große	12	(+1)
große	47	(+2)
wenig	32	(-)
keine	9	(-1)
Erhebungszeitraum	13.-17.08.	

Anhänger der Grünen (70 %) und der Linkspartei (65 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (69 % zu 47 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (69 % zu 45 %).

Anhänger der AfD (49 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA	
USA	25	(-2)
Asylbewerber, Flüchtlinge	14	(-2)
Türkei	12	(+7)
Naher Osten, arabische Länder	10	(-2)
Syrien	7	(-2)
Umwelt, Klima	7	(+3)
Russland	6	(-1)
(Welt-)Wirtschaftskrise	6	(+2)
Handelskrieg	5	(-4)
Erhebungszeitraum	13.-17.08.	

Nach Meinung der Bundesbürger werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Über 60-Jährige (35 %) und Frauen (30 %) sowie Anhänger der FDP (32 %), der Grünen (31 %) und der SPD (30 %) nennen die USA überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	40	(-2)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	11	(+4)
Deutschland tut bereits genug	46	(-2)
Erhebungszeitraum	13.-17.08.	

Unter 30-Jährige, Gutverdiener (jew. 47 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (46 %) sowie Anhänger der Grünen (61 %), der Linkspartei (58 %) und der SPD (47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (35 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (57 %) und Gering- bzw. Mittelverdiener (51 %) sowie Anhänger der Union (57 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	44	(+7)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(-)
verhält sich alles in allem genau richtig	35	(-6)
Erhebungszeitraum	13.-17.08.	

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (54 %), Ostdeutsche (51 %), 30- bis 59-Jährige und Gering- bzw. Mittelverdiener (jew. 50 %) sowie Anhänger der AfD (78 %) und der FDP (54 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (43 %) und der Grünen (26 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (41 %) sowie Anhänger der Grünen (47 %), der Union (44 %) und der SPD (42 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA	
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	33	(-1)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	10	(+6)
US-Präsidentschaft Donald Trump	7	(-)
Einsturz der Brücke in Genua	7	(-)
Politische Situation in der Türkei allgemein	6	(-7)
Erhebungszeitraum	21.-22.08.	

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen". Überdurchschnittlich häufig sehen Personen mit einfacher formaler Bildung (39 %), Mittelverdiener (38 %) sowie Anhänger der AfD (52 %) und der Union (45 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 65-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (43 % zu 23 %). Anhänger der Linkspartei (21 %) und der FDP (22 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Anhänger der FDP (21 %) und der Linkspartei (16 %) erwähnen die Rentenpolitik/Altersvorsorge besonders häufig.















